



Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2103

Alle Abgeordneten

9. Januar 2024

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Blask MdL erbetenen Bericht zum Thema „Was bedeutet die allgemeine Ausrichtung zur „Netto-Null-Industrie-Verordnung“ des Rates für NRW?“.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien für den
Ausschuss für Europa und Internationales
zum Thema „allgemeine Ausrichtung zur „Netto-Null-Industrie-
Verordnung“ (Januar 2024)

Die Landesregierung unterstützt die Ziele und in weiten Teilen die Ansätze im Vorschlag der Europäischen Kommission für die Netto-Null-Industrie-Verordnung. Die mit dem Vorschlag angestrebte Verbesserung der Bedingungen für Investitionen der europäischen – und nordrhein-westfälischen – Industrie in klimaneutrale Technologien ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen. Nordrhein-westfälische Unternehmen sehen sich mit zunehmenden wettbewerblichen Herausforderungen wie steigenden Energiepreisen, geopolitischer Instabilität und den Erfordernissen der klimaneutralen Transformation konfrontiert. Es ist daher aus Sicht der Landesregierung zentral, Abhängigkeiten zu verringern, Lieferketten weiter zu diversifizieren, und in Zukunftstechnologien zu investieren. Dies sind auch Ziele, die mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung erreicht werden sollen. Wegen der Bedeutung für das Gelingen des im Februar 2023 vorgestellten Industrieplans zum Grünen Deal war es ein besonderes Anliegen, den Gesetzgebungsprozess stets aktiv zu begleiten. Sowohl Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, als auch Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei, haben ihre Besuche in Brüssel für eine Positionierung zu den industriepolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene genutzt. Während Wirtschaftsministerin Neubaur bei einer Veranstaltung im Mai 2023 die Herausforderungen für Transformation und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa u.a. mit der belgischen Energieministerin Tinne Van der Straeten und der Europäischen Kommission diskutierte, nutzte Herr Liminski seinen Aufenthalt im Juni 2023 für Gespräche mit der Europäischen Kommission und Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Beteiligung der Landesregierung an der Willensbildung in Brüssel war die Übernahme der Berichterstattung zur Netto-Null-Industrie-Verordnung durch Dr. Mark Speich, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, als Mitglied des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR). In seiner 156. Plenarversammlung hat der AdR am 6. Juli 2023 die auf seinen Vorarbeiten basierende Stellungnahme verabschiedet. Kernbotschaften seiner

Stellungnahme lassen sich in der Positionierung des Rates der EU vom 7. Dezember 2023 finden. So sollte der Anwendungsbereich der Netto-Null-Industrie-Verordnung erweitert werden.

Das betrifft unter anderem eine Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette von Netto-Null-Technologien. Daneben sollte die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene zentrale Anlaufstelle nicht nur durch eine zuständige nationale Behörde ausgefüllt werden können. Die Mitgliedstaaten sollen nach den Vorstellungen des Rates eine oder mehrere Kontaktstellen auf den einschlägigen Verwaltungsebenen der Mitgliedstaaten benennen. Ein solcher „One-Stop-Shop“ auf verschiedenen Ebenen kann insbesondere in föderal organisierten Staaten zielführend sein. Eine weitere, den Ländern wichtige Klarstellung wurde ebenfalls vom Rat aufgegriffen. So sollen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen europäischen „Netto-Null-Industrie“-Akademien nach der allgemeinen Ausrichtung unter voller Wahrung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützt werden. Es ist allerdings bedauerlich, dass sich der Rat der EU – anders als der AdR und in Teilen das Europäische Parlament – nicht für eine noch stärkere Privilegierung von JTF-Gebieten ausspricht. Die besondere Berücksichtigung der Interessen von JTF-Gebieten war ein weiterer wichtiger Punkt der Stellungnahme von Staatssekretär Dr. Speich.

Die Landesregierung wird das Gesetzgebungsverfahren und die nun laufenden Verhandlungen in den Trilogen weiter mit großem Interesse begleiten. Die von der Europäischen Kommission angestoßenen Maßnahmen wie u.a. im Bereich der

1. Verringerung des Verwaltungsaufwands bei der Entwicklung von Projekten zur Fertigung von Netto-Null-Technologien,
2. Erschließung von Märkten durch spezifische Maßnahmen in Bezug auf die öffentliche Nachfrage durch Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und Auktionen sowie durch Programme zur Unterstützung der privaten Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher,
3. Innovationsförderung, u. a. durch Reallabore sowie
4. der Verbesserung der Kompetenzen für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze im Bereich der Netto-Null-Technologien

weisen in die richtige Richtung.

Die dargestellten Anpassungen des Rates der EU vom 7. Dezember 2023 dürften die Potentiale für und Bedarfe in NRW – das gilt auch für die Aufnahme von transformativen industriellen Technologien für die Dekarbonisierung in die Liste der Netto-Null-Technologien –

noch besser abbilden. Eine Übernahme der entsprechenden Positionen als Ergebnis der Verhandlungen in den Trilogern wäre daher besonders zu begrüßen.

Sobald zwischen den EU-Institutionen eine Verständigung auf einen abschließenden Legislativtext erfolgt ist, wird das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen die Bedeutung der Netto-Null-Industrie-Verordnung für Nordrhein-Westfalen auswerten.